

Ehrenamtliches Engagement im demografischen Wandel

Die demografische Entwicklung wird unser Land in einer Art und Weise verändern, die ohne historisches Vorbild ist. In den kommenden drei bis vier Jahrzehnten wird es weniger Menschen geben, die für das wirtschaftliche Wohl des Landes sorgen können. Die Nachwuchsjahrgänge für die Unternehmen werden kleiner, während der Anteil der Rentner und Pensionäre unaufhaltsam steigt. Die gesamte Gesellschaft altert und die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich verdoppeln. Die Herausforderungen sind also groß und dem Staat dürfte es künftig schwerer fallen, alle Erwartungen angefangen bei der Kinderbetreuung über die Pflege und Altersvorsorge bis hin zu den gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Teilräumen zu erfüllen. Was der Staat künftig nicht mehr leisten kann, soll durch größere Eigenverantwortung der Bürger aufgefangen werden, so lautet dann oft der Tenor.

Ländliche Regionen sind Vorreiter

Für die enormen Bevölkerungsverluste des entlegenen ländlichen Raumes ist nicht nur die Abwanderung verantwortlich, sondern auch der Mangel an Geburten. Jahrhundertlang waren auf dem Lande die Kinderzahlen hoch genug, dass der Bevölkerungsüberschuss das Wachstum der Städte speisen konnte, ohne dass dabei die Dörfer ausgeblutet wären. Doch dieser Prozess ist in den vergangenen Jahrzehnten zum Stillstand gekommen. Die Geburtenrate ist auch im ländlichen Raum deutlich unter das bestandserhaltende Niveau gesunken. Zusätzlich wandern mit den jungen Menschen die potenziellen Familiengründer Richtung Großstadt ab. Während großstadtnahe Regionen heute die geringsten Sterbefallüberschüsse verzeichnen, ist die Differenz zwischen Geburten und Sterbefälle umso größer, je abgelegener eine Gemeinde ist.

Lebendiges Vereinsleben steht für Stabilität

Auf der Ebene der Gemeinden zeigt sich deutschlandweit eine klare Korrelation. Je weiter eine Gemeinde vom nächsten Oberzentrum entfernt ist und je kleiner sie ist, desto stärker fällt tendenziell der Bevölkerungsrückgang aus. Auf der Ebene der Dörfer ist hingegen kein so klares Muster erkennbar. Es finden sich immer wieder einzelne Orte, die demografisch stabil bleiben, obwohl sie klein und abgelegen sind. Für die Zukunftsfähigkeit einzelner Dörfer sind also weitere Faktoren entscheidend. In der Studie „Die Zukunft der Dörfer“ ist das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung der Frage nachgegangen, welche Kriterien entweder auf einen demografischen Niedergang von Dörfern hinweisen oder für deren Stabilität

sprechen. Ein überraschenderweise deutlicher Zusammenhang findet sich zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Vereinsdichte: Je mehr sich die Bewohner für ihre eigenen Belange engagieren, umso stabiler sind ihre Ortschaften. Zwar lässt sich nicht eindeutig bestimmen, ob freiwilliges Engagement von Bürgern tatsächlich die Schrumpfung von Orten verhindern kann oder ob in stabilen Orten einfach nur mehr Vereinsleben herrscht. Tendenziell stützt die Statistik jedoch die erste dieser beiden Interpretationen. Denn wenn man davon ausgeht, dass Vereinsgründungen beziehungsweise Auflösungen sich nicht zeitgleich und proportional zur Bevölkerungsentwicklung bewegen, so muss man berücksichtigen, dass ein starker Einwohnerrückgang die Zahl der Vereine bezogen auf die Einwohnerzahl zunächst ansteigen lässt. Ebenso sinkt diese Ziffer in Orten, wenn deren Bevölkerungszahl ansteigt.

Engagierte Bürger braucht das Land

In vielen entlegenen und sich entleerenden ländlichen Gebieten entspricht schon heute die Versorgung der zurückbleibenden, oft älteren Bevölkerung nicht mehr den Standards, an die sich die Menschen über Jahrzehnte des Wachstums gewöhnt haben. Für das Leben in den betroffenen Regionen bedeutet dieser Trend schlechtere Lebensbedingungen bei steigenden Preisen. Nicht nur, weil Immobilien in Schrumpfbereichen massiv an Wert verlieren, sondern auch weil überall Schulen und Geschäfte geschlossen werden, Busse und Bahnen ihre Dienste einschränken und die ärztliche Versorgung immer schwieriger wird. Gleichzeitig erzielen die Kommunen weniger Einnahmen und sie müssen ihre zum Teil sogar steigenden Kosten für Trinkwasser, für Abwasser- und Müllentsorgung, für Straßenunterhalt und Ämter auf immer weniger Bürger umlegen. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, kann freiwilliges Engagement helfen, die Probleme demografisch angeschlagener Regionen zu mildern.

Der durchschlagende Erfolg der Dorfläden ist sicherlich ein gutes Beispiel dafür. Dies sind kleine Geschäfte, die in der Regel ein Grundangebot an Nahrungsmitteln und verschiedenste Dienstleistungen unter einem Dach bündeln. Deswegen gehören in vielen Dorfläden neben dem Lebensmittelverkauf oft auch Post- oder Bankdienstleistungen, Arzt- und Behördensprechstunden oder ein Cafébetrieb zum Angebot. In einigen Orten haben es Bewohner so geschafft, bereits verlorengegangene Leistungen wieder zurückzuholen. Der Erfolg der Läden basiert zum großen Teil darauf, dass die Dorfbewohner sich in einem eigens gegründeten Laden engagieren, dort auch einkaufen und ihn als sozialen Treffpunkt verstehen. Bürgerbusse und ehrenamtliche Fahrdienste sind weitere Beispiele, wie eine aktive Bürgerschaft ein lebenswertes Umfeld schaffen kann.

Vielfältige Problemlagen erfordern bessere Rahmenbedingungen

Die Herausforderungen durch den demografischen Wandel beschränken sich nicht nur auf dünn besiedelte ländliche Regionen. Alterung, Bevölkerungsschwund, mangelhafte Bildung und Integrationsmängel betreffen viele Kommunen - auch Städte. Überall, wo der Staat Probleme nicht lösen und Erwartungen nicht mehr erfüllen kann, sollen die Bürger selbst einspringen - kreativ, gemeinschaftsstiftend und vor allem kostengünstig. Ob Lesepaten, Migrationslotsen oder Altenbegleiter, das Thema freiwilliges Engagement hat Konjunktur.

Geeignete Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement werden daher umso dringlicher. Denn Engagierte, Vereine und Initiativen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen, aber eine gewisse öffentliche Unterstützung benötigen, hängen wegen der kommunalen Finanznot am Tropf häufig wechselnder und stets befristeter staatlicher Förderprogramme. Auch sehen Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbände engagierte Bürger mitunter als Konkurrenten um Einfluss und Arbeitsplätze. Privaten Stiftungen wiederum sind die Projekte in Problemregionen, wie dem von Bevölkerungsrückgang betroffenen ländlichen Raum, oft zu wenig spektakulär, um sich dort massiv zu engagieren. Engagement braucht gerade in den Regionen, in denen die Not am größten ist und aus denen seit Jahren qualifizierte Menschen abwandern, eine verlässliche Basis. Dazu gehört neben einer dauerhaften Finanzierung auch eine professionelle Unterstützung etwa durch die Kommunen oder Wohlfahrtsverbänden. Daneben fehlt es häufig an einem niedrighschwelligem Zugang zu finanziellen Mitteln. Viele kreative Ideen der „Macher“ vor Ort bräuchten nur eine geringe Anschubfinanzierung. Der hohe bürokratische Aufwand vieler Förderprogramme lohnt sich jedoch bei solch geringen Summen nicht. Zur Unterstützung von aktiven Bürgern sollte es daher die Möglichkeit geben, Projekte auch nach einer kurzen Vorhabenbeschreibung mit einigen hundert oder wenigen tausend Euro unbürokratisch zu unterstützen.

Das Engagement verschiebt sich ins höhere Alter

Die Generation 65plus wird noch zu oft als Bevölkerungsgruppe gesehen, die es zu betreuen und zu unterhalten gilt. Dabei ist es ihr Engagement, von dem die Lebensqualität oder gar die Zukunftsfähigkeit so mancher Kleinstadt und vieler Dörfer abhängen wird. Diese Personen sollten bereits in der Vorruhestandsphase umworben werden, um ihnen die Möglichkeit und Notwendigkeit ihres Engagements für die Gemeinschaft deutlich zu machen. Engagement nützt ihnen und der Kommune.

Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Gruppe der Rentner bedeutsam. Denn die Älteren sind die einzige Bevölkerungsgruppe in

Deutschland, die künftig zahlenmäßig noch wachsen wird. Die bislang am stärksten engagierte Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen dürfte dagegen bis 2030 um mehr als ein Fünftel schrumpfen. Bei gleich bleibenden Engagementquoten in allen Altersgruppen könnte die Zahl der Engagierten im gleichen Zeitraum daher allein aus demografischen Gründen um knapp 1,5 Millionen Menschen sinken. Abmildern könnte den Rückgang ein stärkeres Engagement in den höheren Altersgruppen. Dass dies möglich ist, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre. Zwischen 1999 und 2009 stieg die Engagementquote der 65- bis 69-Jährigen von 29 auf 37 Prozent an, jene der über 70-Jährigen von 20 auf 25 Prozent. Zwar hat der überwiegende Teil der im Alter Engagierten seine freiwillige Tätigkeit schon vor Renteneintritt ausgeübt, doch nimmt inzwischen auch die Zahl derer zu, die sich im höheren Alter erstmals für die Allgemeinheit engagieren.

Auch weitere Gründe sprechen für ein steigendes Engagement Älterer. In den kommenden Jahren werden immer größere Jahrgänge von immer besser ausgebildeten Menschen in Rente gehen. Viele von ihnen werden gesund, aktiv und vergleichsweise wohlhabend älter. Der berufliche Hintergrund und die Lebensstile der künftigen Pensionäre werden weit vielfältiger sein als jene der heutigen Rentnergeneration. Dies dürfte allerdings auch die Formen ihres Engagements verändern - weg von festen, fast unternehmensgleichen Strukturen in Vereinen und Verbänden hin zu projektbezogenem, individuellem Engagement. Den älter werdenden Babyboomern ein Umfeld zu bieten, in denen sich ihr Engagement entfalten kann und ihnen Angebote zu machen, die auch lokale Probleme angehen, bildet eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre.

***Manuel Slupina** ist Ökonom und wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. In seiner Arbeit beschäftigt er sich mit Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Regionen und deren Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge.*

Kontakt: slupina@berlin-institut.org